

SOLIDARISCH



DIE JUGEND REBELLIERT UND MACHT ERFOLGREICH DRUCK, DIE WISSENSCHAFT VERLANGT TATEN, DIE KLIMAERWÄRMUNG IST REALITÄT.

Bei den nationalen Wahlen im Herbst steht die Klimakrise im Mittelpunkt. Wer aber wird in der nächsten Legislatur wirksam für konkrete, effiziente, sozialverträgliche Lösungen einstehen? Es ist die SP, die bereits bei der Energiestrategie im Interesse des Klimas ganze Arbeit geleistet hat.

Umwelt- und Klimaschutz haben bei der SP Tradition



Silva Semadeni, Nationalrätin GR, ehemalige Präsidentin Pro Natura

Tief greifen die grünen Wurzeln der SP. Die Schweizer Sektion der Naturfreunde, gegründet 1905 als Teil der Arbeiterbewegung, war lange Zeit eng mit der Sozialdemokratie verbunden. «Der Anschauungsunterricht in der Natur ist revolutionär, er macht zum denkenden Rebellen, er führt mit zwingender Notwendigkeit zum Sozialismus», lesen wir in der Zeitschrift der Naturfreunde vom Mai 1930 – und schmunzeln über die «zwingende Notwendigkeit». Die Naturfreunde sind heute immer noch eine Freizeit- und Tourismusorganisation mit sozial- und umweltpolitischem Engagement.

1914, zur Gründung des ersten und bis heute einzigen Nationalparks, sagte der SP-Nationalrat Hermann Greulich: «Mit dem Nationalpark geben wir ein Beispiel, wie man dem Volk etwas erhalten kann, was zu erhalten würdig ist gegenüber einer Raubwirtschaft, die nur Geld gewinnen will.»

Als nach den beiden Weltkriegen der Natur- und Umweltschutz immer dringlicher wurde, nahm das ökologische Bewusstsein in der SP stark zu. Viele neue Linke aus der 68er-Bewegung traten der SP bei. Seither kritisiert die Partei das unkontrollierte Wirtschaftswachstum und die rücksichtslose Ausbeutung der Natur und bekämpft Missstände tatkräftig im Parlament und mit Volksinitiativen.

Greina-Ebene, Rothenthurm, Alpeninitiative

Zusammen mit der wachsenden Umwelt- und Frauenbewegung hat die konsequente politische Arbeit der SP an vielen Fronten Erfolge erzielt: beim Gewässerschutz, bei der Luftreinhaltung, in der Abfallbewirtschaftung, für die biologische Landwirtschaft, für den öffentlichen Verkehr, in der Raumplanung, kürzlich endlich auch in der Energiepolitik.

Der Kampf gegen die AKW, für den Schutz der Greina-Ebene, für die Rothenthurm-Initiative oder auch für die Alpeninitiative wären ohne mutige und tatkräftige SP-Mitglieder nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Seit 1982, noch vor der Gründung der Grünen Partei, ist der Umweltschutz auch im SP-Parteiprogramm verankert: «Die schonungslose Ausbeutung der natürlichen Umwelt und der Rohstoffe zerstört die Lebensgrundlage aller Menschen und ist eine weitere neu erkannte Form der Ausbeutung des Menschen. So, wie wir jede Ausbeutung bekämpfen, widersetzen wir uns auch dieser.»

Grün, lösungsorientiert – und sozial

Die SP steht seit Jahrzehnten für Lösungen in der Umweltpolitik.

Sie setzt sich für effiziente Klimaschutzmassnahmen im Inland ein und seit 1992 für die internationalen Klimakonventionen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung. Die Energiestrategie 2050 hat die SP im Parlament unterstützt und stark geprägt. Hohe Ziele setzt sich die SP auch bei der CO₂-Reduktion. Anfang Juli hat sie zum Klimaschutz ein grosses

Die SP vergisst ihre soziale Verantwortung auch im Klimaschutz nicht!

Investitionsprogramm mit vierzig Massnahmen vorgestellt. Es setzt auf Solarenergie, Energieeffizienz und saubere Mobilität, auf das Gebäudesanierungsprogramm, auf die Reduktion und die Kompensation der Emissionen im Flugverkehr, auf den Rückzug der Banken und Pensionskassen aus fossilen Investitionen sowie auf Forschung und Entwicklung von Speichersystemen für Wärme und Strom.

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Die SP vergisst dabei ihre soziale Verantwortung nicht! Der Ausstieg aus den fossilen Energien und der dringend notwendige grüne Umbau der Wirtschaft schaffen Arbeitsplätze. Eine von der SP in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass die geplanten Mass-

nahmen sozialverträglich umsetzbar sind. Eine Klimabank soll als Teil des staatlichen Klimaschutzes Kredite zinsvergünstigt anbieten, damit zahlreiche private Investoren zur Erreichung der Klimaziele beitragen können. SP-Präsident Christian Levrat nennt es einen «Marshall-Plan» für das Klima.

Die Zeit drängt. Damit die Schweiz das im Pariser Vertrag vereinbarte Klimaziel bis 2050 erreicht, braucht es Taten. Die SP muss bei den Wahlen im Herbst stärker werden!

Jetzt werden wir konkret: Die Initiative für Gleichstellung kommt!



Martine Docourt,
Co-Präsidentin
SP Frauen*

durch Kollektive in der ganzen Schweiz. Sie alle setzten ein starkes Zeichen der Solidarität mit allen Frauen auf der Welt, die für ihre Rechte kämpfen oder schlimmstenfalls gar um ihr Leben fürchten und flüchten müssen.

Ein langer Forderungskatalog

Der Tag war von dieser violetten Welle in den Strassen geprägt – aber nicht nur. Überall fanden Aktionen statt – am Arbeitsplatz, zu Hause, an Schulen und Universitäten. Gefordert wurden Betreuungsplätze für alle Kinder sowie ein Elternurlaub, der diesen Namen verdient und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt. Auf der Liste der Forderungen stand ein Entgelt für die unbezahlte Arbeit für die Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen. Und ganz oben stand die Forderung nach Lohnleichheit (endlich!). Ganz

zu schweigen vom schmerzhaften Thema der Gewalt gegen Frauen, die immer noch weit verbreitet ist. Ja, die Liste der Forderungen ist leider lang. Viel zu lang!

Alle diese und viele zusätzliche Forderungen sammelten die SP Frauen* in einer Box auf dem Bundesplatz. An diesem denkwürdigen 14. Juni konnten die Streikenden ihre Forderungen direkt an unsere Vertreterinnen im Bundeshaus richten, die die Session unterbrachen und auf dem Bundesplatz mitdemonstrierten. Rund 700 Forderungen kamen zusammen.

Nun müssen wir den Druck aufrechterhalten, um in der Gleichstellung voranzukommen. Die Schweiz hat in diesem Bereich einen traurigen Rückstand aufzuholen. In diesem Sinne und als Fortführung des Frauenjahrs werden die SP Frauen* und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

den Kampf für eine gerechte und egalitäre Gesellschaft weitertreiben. Ein Kampf, den unsere Partei seit jeher unterstützt hat.

Bestimmt mit: Was ist das wichtigste Thema?

Darum lancieren wir gemeinsam mit Partnerorganisationen eine Initiative für mehr Gleichstellung. Gemeinsam sind wir stärker. Fünf bis sechs zentrale Anliegen aus der Box stellen wir zur Auswahl: Welches Thema ist das wichtigste? Alle können in einem Online-Voting ihre Stimme abgeben und so mitbestimmen, welches Gleichstellungsanliegen in eine Initiative münden wird. Das öffentliche Voting startet Mitte August und dauert zwei Wochen. Es ist Zeit, dass die Bevölkerung die Stimme erhebt.

Der 14. Juni war ein starker Tag – aber er war erst der Anfang.

Wie könnten wir je vergessen, was am 14. Juni 2019 geschah? Diese violette Welle, die sich unaufhörlich durch die Strassen der Schweizer Städte wälzte. Dieses Engagement von hunderttausenden Frauen und solidarischen Männern, die lautstark mehr Gleichstellung und Respekt forderten. Sie erfüllten den Kampf um Gleichstellung mit Freude.

Entscheidend für den grossen Erfolg dieses historischen Tages waren die monatelangen Vorbereitungen durch Verbände, Gewerkschaften, politische Parteien, Aktivistinnen, vor allem aber auch



Brigitte Crottaz (Mitte), Nationalrätin VD, und Barbara Gysi, Vizepräsidentin der SP, kappen symbolisch die Fesseln, die die hohe Prämienlast dem Mittelstand anlegt.

DIE KRANKENKASSENPRÄMIEN BELASTEN DAS HAUSHALTSBUDGET VON VIELEN FAMILIEN, ALLEINERZIEHENDEN ODER PENSIONIERTEN STÄRKER ALS DIE STEUERN. Das führt zu Armut. Die Prämien müssen darum dringend vergünstigt werden.

Tiefere Krankenkassenprämien sch



Barbara Gysi,
Nationalrätin SG

Wer an Standaktionen Unterschriften für die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP Schweiz sammelt, hat es vermutlich selbst erlebt: Passantinnen und Passanten erzählen, wie schwer es fällt, jeden Monat für die Krankenkassenprämien aufzukommen. Es erreichen uns auch zahlreiche sehr persönliche Zuschriften. Da sind Alleinerziehende und Familien, die wegen kantonaler Sparmassnahmen keine Prämienverbilligung mehr bekommen und die Rechnungen kaum bezahlen können. Auch Pensionierte mit knappen Renten und Alleinstehende mit tiefen Löhnen trifft es

sehr hart, wenn sie keine Unterstützung erhalten.

Immer mehr Menschen können die Prämien überhaupt nicht mehr bezahlen, geraten in die Schuldenfalle und landen auf «schwarzen Listen». Sie erhalten dann nur noch Notfallbehandlungen. Der Kanton Thurgau schreckt nicht einmal davor zurück, Kinder von Behandlungen auszuschliessen. Eine Petition der SP Thurgau will diesen skandalösen Missstand beseitigen.

Die Armut nimmt zu

Eine bessere Entlastung der tieferen und mittleren Einkommen durch mehr Prämienverbilligung ist dringend. Das belegen auch zwei Erhebungen des Bundesamts für Statistik, die diesen Sommer veröffentlicht wurden: der Armutsbericht und die Erhebung der Haushalteinnahmen und -ausgaben.

Nachdem in den Nullerjahren die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in der Schweiz rückläufig war, steigt sie seit 2013 wieder an. 2017 galten über 8 Prozent der Bevölkerung als arm. Das sind 675 000 Menschen. Davon sind 165 000 erwerbstätig. Diese so genannten «Working Poor» entsprechen fast der Bevölkerung der Stadt Basel!

Statistisch als armutsbetroffen gelten alleinstehende Personen mit einem Monatsverdienst bis zu 2259 Franken oder Familien mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit einem Einkommen von maximal 3990 Franken.

Unter den Betroffenen lassen sich vier Gruppen ausmachen: Einelternhaushalte, Kinder und Jugendliche, alleinstehende Pensionierte sowie Paare im Rentenalter.

Jedes zehnte Kind im Schulalter ist von Armut betroffen. Über 15 Prozent der alleinerzie-

henden Eltern, meistens Frauen, gelten als arm. So sind viele Kinder und Jugendliche bereits in jungen Jahren von vielem ausgeschlossen und verfügen nicht über die gleichen Startchancen – dies in einem der reichsten Länder der Welt.

Fast jede vierte alleinstehende Pensionierte und jedes zehnte Rentner-Ehepaar ist arm. Viele haben ihr Leben lang hart gearbeitet, leben nun von der AHV und bestenfalls einer kleinen BVG-Rente. Das darf nicht sein!

Krankenkassenprämien belasten stärker als die Steuern

Immer mehr Haushalte müssen mehr Geld für die Krankenkassenprämien ausgeben als für die Steuern. Traf dies 2006 noch auf gut 30 Prozent der Bevölkerung zu, so waren es 2016 bereits über 37 Prozent. Die Krankenkassenprämien stiegen in diesem Zeit-



Fraktionspräsident Roger Nordmann (ganz rechts) mit engagierten Mitgliedern der SP Lausanne (von links nach rechts): Stéphane Montangero, Yusuf Kulmiye und Fabienne Segu (Gemeinderätin) bei der Unterschriftensammlung für die Prämien-Entlastungsinitiative.



hütten vor Armut

raum um über 30 Prozent, während die Steuerlast um «nur» 16 Prozent zunahm. Wer mehr für die Krankenkassenprämien ausgeben muss als für die Steuern, lebt häufiger als andere in einem Haushalt mit Kindern und Jugendlichen oder ist über 65 Jahre alt.

Mit unserer Prämien-Entlastungs-Initiative bestimmen nicht mehr die öffentlichen Finanzen (Kantons- und Bundesbudget), in welchem Mass Haushalte mit mittleren und tiefen Einkommen unterstützt werden. Entscheidend ist die persönliche finanzielle Situation der Prämienzahlerinnen und -zahler.

Die Prämien-Entlastungs-Initiative ist gerecht

Müssen höchstens zehn Prozent des Einkommens – unter Berücksichtigung von allfälligem Vermögen – für die Krankenkassenprämie ausgegeben werden, er-

reichen wir endlich das Sozialziel, wie es in den Grundzügen des Krankenversicherungsgesetzes angedacht war.

Unsere Initiative hilft vor allem Haushalten mit Kindern, Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen mit tieferen Einkommen. Es ist gerecht, beim verfügbaren Einkommen anzusetzen, Kinder und Jugendliche anzurechnen und den Status von Alleinerziehenden zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen wird zu einer deutlichen Verbesserung der Situation von allen führen, die heute unter der Prämienlast leiden.

Wie notwendig unsere Initiative ist, zeigen uns die erschreckenden Beispiele und die jüngsten Zahlen. Darum: Wer noch nicht unterschrieben hat, mache dies noch heute. Bogen finden sich unter bezahlbare-praemien.ch – merci!

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare.

SP

Politik mit einer Portion Narrenfreiheit

POLITISCHES DENKEN UND HANDELN KENNT KEINE PENSIONIERUNG. AUCH DESHALB GIBT ES DIE SP60+. Seit sechs Jahren politisiert die SP60+ - und hinterlässt zunehmend Spuren. Die mittlerweile bereits 1850 Mitglieder setzen sich «vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen und ihrer Lebenssituation», wie es in den Statuten heisst, für die Belange der älteren Generation ein. Darüber hinaus kämpfen sie für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sowie die Achtung der Würde von älteren Menschen. Doch beileibe nicht nur das: Die SP60+ ist solidarisch mit Jung und Alt.



Marianne de Mestral und Carlo Lepori, Co-Präsidenten der SP60+

Politisches Denken und Handeln enden nicht mit dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Die Pensionierung schafft freie Kapazitäten, die manche nutzen, um sich mit einer gehörigen Portion Narrenfreiheit innerhalb der Partei für ihre Werte, Überzeugungen und Forderungen einzusetzen. So fordert die SP60+ zum Beispiel seit Jahren existenzsichernde Renten.

Die jährliche Mitgliederkonferenz und der Herbstanlass, die beide einem aktuellen politischen Thema gewidmet sind, bieten Gelegenheit zum Austausch.

Am letzten Treffen im Mai wurde die Klimapolitik der SP diskutiert. Die Herbstkonferenz im November wird sich voraussichtlich mit Altersarmut in der reichen Schweiz befassen.

Vernehmlassungen und Positionspapiere mit Wirkung

Viel politische Arbeit fällt in den Arbeitsgruppen Sozialpolitik, Gesundheit und Wohnen an. Die Mitglieder greifen aktuelle Themen auf, schreiben Vernehmlassungsantworten und erarbeiten Positionspapiere. Mit dem viermal jährlich auf Deutsch und Französisch erscheinenden Newsletter erreicht die SP 60+ ihre Mitglieder sowie eine breitere Öffentlichkeit.

Ohne Basisarbeit der kantonalen und regionalen Gruppen geht nichts: Sie bilden das Fundament der SP60+. Dabei sind die Gruppen in unterschiedlichem Masse aktiv und setzen ihre eigenen

Schwerpunkte. Die SP60+ ist das Dachorgan der kantonalen und regionalen Altersorganisationen der SP Schweiz.

Kandidierende der SP60+ stärken die Hauptlisten

Es brauchte Jahre, bis die Gründung der SP60+ im April 2013 gelang. Zunächst war die Gruppe umstritten. Erst mit der Zeit reifte die Einsicht, dass es für die Partei ein Gewinn ist, in einem speziellen Organ auf die Erfahrung und Kompetenz von älteren Genossinnen und Genossen zählen zu dürfen. Die SP60+ versteht sich als alterspolitische Ergänzung und nicht als Konkurrenz innerhalb der Gesamtpartei.

Auch die Befürchtung, dass ein neues gesamtschweizerisches Organ den lokalen Sektionen Substanz entziehen könnte, erwies sich als falsch. Im Gegenteil: Für die Wahlen vom 20. Oktober wird

es in mehreren Kantonen Nationalratslisten der SP60+ geben. So lassen sich die Hauptlisten mit bekannten und bewährten Persönlichkeiten stärken. Und so können wir gemeinsam mit der SP den Sozialabbau stoppen und eine effiziente Klimapolitik beschleunigen.

DEIN ENGAGEMENT

Neue Mitglieder sind sehr willkommen. Eure Ideen und euer Know-how sind gefragt. Mittun können alle SP-Mitglieder über 60 Jahre. Anmeldung und weitere Informationen: sp60plus.ch.





**ALTERNATIVE
BANK**
SCHWEIZ

Anders als Andere.



Sinnvoll. Anders. Der erste ABS- Anlagefonds ist da.

Mit vielen mehr bewirken.
Investieren auch Sie in unseren ersten Anlagefonds basierend
auf dem schweizweit strengsten Nachhaltigkeitsansatz.
ABS - Das Label für eine lebenswerte Welt.

Mehr dazu auf: www.abs.ch/anlagefonds